

Diskussionspapier zur Landtagswahl

AUS VERANTWORTUNG FÜREINANDER

Diakonisches Werk evangelischer
Kirchen in Niedersachsen e.V.

Hans-Joachim Lenke
Vorstand
Hans-Joachim.Lenke@diakonie-nds.de
Tel: 0511 – 3604 - 271

Ulrike Single
Stabsstelle Diakoniewpolitik & Europa
Ulrike.single@diakonie-nds.de
Tel: 0511 – 3604 - 244

11. Februar 2022

Unser Leben wurde in den letzten zwei Jahren stark durch die Auswirkungen der Coronapandemie geprägt. In kurzer Zeit mussten Lösungen für akute Probleme gefunden werden. Die Arbeit der Politik fokussierte sich deshalb auch fast ausschließlich auf die Bewältigung der Pandemiefolgen. Dadurch ist manch anderes aus dem Blick geraten:

Kinderbetreuung, Fachkräftemangel in den sozialen und pflegerischen Berufen, Nachhaltigkeit, Wohnen und die fortschreitende Individualisierung – das alles stellt uns neben der Pandemiebewältigung vor große Herausforderungen.

Wir sehen mit Sorge, dass sich die Gesellschaft immer weiter in Arm und Reich spaltet, dass sich Teilhabemöglichkeiten für viele Menschen verschlechtert haben. Die Digitalisierung war für Viele eine Lösung, für Menschen mit wenig Einkommen oder einer kognitiven Beeinträchtigung wurde sie jedoch häufig zu einer unüberbrückbaren Hürde.

Gemeinsam müssen wir als Gesellschaft und Politik Antworten und Lösungen auf diese Herausforderungen finden.

Denn das Vertrauen der Bürger*innen in unsere Demokratie hängt ganz wesentlich von ihren gewählten Repräsentant*innen und deren Lösungskompetenz ab. Davon, wie Parlament und Regierung Herausforderungen angehen, sie debattieren und um sie ringen.

Wir als Diakonie in Niedersachsen möchten mit unseren Positionen einen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in unsere Demokratie leisten, auch aufgrund unseres Selbstverständnisses heraus:

Aus Verantwortung füreinander.

Wohlfahrtspflege stärkt den Wirtschaftsstandort Niedersachsen

In Deutschland zählt die Sozialwirtschaft zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Der Anteil der Anbieter von Sozial- und Gesundheitsleistungen an der Bruttowertschöpfung beträgt circa 152 Milliarden Euro. Das sind rund sieben Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung.¹

Auch in Niedersachsen stellt die Wohlfahrtspflege mit ihren etwa 6.000 sozialen Einrichtungen, Beratungsstellen und Diensten mit mehr als 230 000 hauptamtlich Beschäftigten und über 500 000 ehrenamtlichen Helfer*innen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor dar.

Unsere 600 diakonischen Mitglieder beschäftigen ca. 75.000 Arbeitnehmer*innen in Niedersachsen. Mit ihren Unterstützungsdienstleistungen stärken sie den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und sorgen für eine soziale Infrastruktur, die für den Erfolg von privatwirtschaftlichen Unternehmen wichtig ist – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels. Denn fehlen Erzieher*innen für die Betreuung von Kindern oder Pflegefachkräfte in Altenheimen, bedeutet dies, dass die Care-Arbeit ins Private verlegt werden muss. Dadurch fehlen dem Arbeitsmarkt gut qualifizierte Arbeitskräfte.

Soziale Dienstleistungen sind mit die Basis für eine funktionierende Wirtschaft. Auch deshalb muss die Wohlfahrtspflege als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen anerkannt werden. Sie ist durch seine Rolle als Arbeitgeber direkt mit wirtschaftlichen Kreisläufen verbunden, sorgt mit der Bereitstellung von sozialer Infrastruktur indirekt für stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und stärkt damit positiv den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Deshalb fordern wir für Niedersachsen eine Anerkennung der Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor.

¹ Sozialwirtschaft - mehr als Wirtschaft? von Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) - 978-3-8329-5257-0 | Nomos Online-Shop (nomos-shop.de)

Digitalisierungspakt für die Sozialwirtschaft

Wie jede andere Wirtschaftsbranche steht auch die Sozialwirtschaft vor der Herausforderung, die Digitalisierung strukturiert und strategisch umzusetzen. Die beiden letzten Corona-Jahre haben zwar in einigen Bereichen vieles beschleunigt, aber von einer umfassenden Digitalisierung der Sozialwirtschaft sind wir in Niedersachsen noch weit entfernt. Was wir erlebt haben, kann eher als „Homeoffice-Boost“ kategorisiert werden. Zwar erleichtern Videokonferenzen und mobiles Arbeiten die Einführung von agilen Arbeitsformen, diese betreffen aber hauptsächlich den administrativen Bereich der sozialen Arbeit und nicht die sozialen Dienstleistungen selbst.

Deshalb fordern wir für Niedersachsen einen Digitalisierungspakt für die Sozialwirtschaft.

FINANZIERUNG

Das Hauptproblem der meisten Träger der Freien Wohlfahrtspflege liegt dabei nicht an dem fehlenden Digitalisierungswillen, sondern häufig an der besonderen Finanzierung des Sektors. Viele Helfefelder der Wohlfahrtsverbände sind per se nicht gewinnorientiert und können keine Rücklagen für Investitionen bilden. Auch die Leistungsentgelte reichen für eine Refinanzierung nicht aus. Zusätzliche Optionen müssen analog zur Wirtschaftsförderung entwickelt werden.

- Einrichtung eines Infrastrukturfonds für die Digitalisierung
- Flexible finanzielle Förderungen ermöglichen
- Förderung nicht anhand KMU-Kriterien ausrichten
- Öffnung der privatwirtschaftlichen Förderprogramme für Innovation und Digitalisierung

DIGITALE BERATUNGSLEISTUNGEN ALS GARANT FÜR SICHERE INFORMATION

Die Coronapandemie hat eins gezeigt: Fake News, fehlende Aufklärung, fragwürdige Informationskanäle, sei es bei Telegram, YouTube oder Spotify: sie haben Einfluss auf das Vertrauen in Demokratie, in Wissenschaft und in Politik. Aufklärung im digitalen Raum ist eine der zentralen Herausforderungen, die auf unsere Gesellschaft zukommt.

Wie sich Menschen informieren, hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Über die Suchfunktion bei Google oder YouTube werden konkrete Fragestellungen eingegeben. Die Antworten, die dort oftmals zu finden sind, genügen häufig nicht den fachlichen und wissenschaftlichen Standards.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Wohlfahrtsverbände ihre Beratungsleistungen in den digitalen Raum ausweiten können und dort mit ihren qualitativ hochwertigen Beratungsangeboten auffindbar sind.

- Einführung eines Refinanzierungsmodells für Online-Beratungsleistungen
- Förderung der digitalen (Weiter)Bildung für Hilfesuchende und Mitarbeitende des sozialen Sektors ermöglichen
- Digitale Angebote auf kommunaler oder Landesebene müssen für alle Zielgruppen niedrigschwellig und leicht verständlich umgesetzt werden

Innovative Strategien zur Fachkräftegewinnung gemeinsam gestalten

Der Fachkräftemangel – gerade in sozialen Berufen – stellt die niedersächsische Gesellschaft sowie die Wirtschaft gleichermaßen vor große Herausforderungen. Gerade im Pflege- sowie im KiTa-Bereich ist der Fachkräftemangel gravierend.

Die Erbringung der Leistungen und die Versorgungssicherheit sind gefährdet.

Grund hierfür sind unter anderem die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung sowie die fehlende Anerkennung der fachlichen Expertise im Arbeitsalltag. Um hier schnelle Verbesserungen umsetzen zu können, müssen innovative Lösungen gefunden werden.

Deshalb fordern wir für Niedersachsen eine innovative Strategie zur Fachkräftegewinnung.

DURCHLÄSSIGKEIT UND FINANZIERUNG IN SOZIALEN BERUFEN

Soziale Berufe brauchen attraktive Arbeitsbedingungen und tarifgerechte Entlohnung sowie Möglichkeiten zum Quereinstieg. Dabei spielen (Teil-)Anerkennungsmöglichkeiten von fachfremden Qualifikationen – auch aus dem europäische Ausland - eine große Rolle.

- Zahlung eines attraktiven Ausbildungsgehalts
- Tarifliche Entlohnung in allen sozialen Berufen
- Flexibilität, Durchlässigkeit und (Teil-)Anerkennungsmöglichkeiten von ‚fachfremden‘ Ausbildungen
- Verbesserte und vereinfachte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
- Modulangebote für Integration und (päd.-)fachliche Standards in Deutschland
- Ethisch reflektierte und verantwortungsbewusste Einwanderungspolitik zur Fachkräftegewinnung
- Ausbau von staatlichen Studienplätzen
- Bessere Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Berufsschullehrkräften

FREIWILLIGES SOZIALES JAHR ZUR FACHKRÄFTEGEWINNUNG NUTZEN

Ein FSJ ermöglicht Einblicke in die Arbeitsbereiche sozialer Arbeit. Die Qualität des FSJ ist jedoch von Einsatzstelle zu Einsatzstelle unterschiedlich. Die Qualitätsunterschiede haben oftmals Auswirkungen auf das Image dieser Berufsfelder.

Hat ein*e FSJler*in jedoch gute Erfahrungen während des Jahres gemacht, z.B. eine gute fachliche Begleitung, Professionalität im Umgang mit Patient*innen oder Klient*innen erfahren sowie Entwicklungschancen in diesem Berufsfeld kennengelernt, kann dies dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für einen sozialen Beruf entscheiden.

- Landeseinheitliche Qualitätsstandards für Träger von Freiwilligendiensten
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für FSJler*innen (z.B. kostenfreie ÖPNV-Ticket, Wohngeldanspruch, grundsätzliche Befreiung von Rundfunkgebühren, angemessenes Taschengeld)
- Sicherstellung der Finanzierung für die Bereitstellung ausreichender Plätze,
- Bekanntheitsgrad des FSJ soll durch eine zielgruppenspezifische Kampagne erhöht werden

Armut

In keinem anderen vergleichbaren Industrieland ist die Mittelschicht in den letzten 25 Jahren so stark geschrumpft wie in Deutschland. Die Ergebnisse der in Bertelsmann-Studie „Bröckelt die Mittelschicht?“² (2021) sind alarmierend. Zwischen 2014 und 2017 rutschten jede*r Fünft*e aus der mittleren Einkommensschicht in die untere ab. Hinzu kommt, dass es immer schwieriger wird, wieder in die Mittelschicht aufzusteigen. Gleichzeitig ist die Gruppe der Spitzenverdiener*innen gewachsen.

Die Soziale Lage hat sich auch in Niedersachsen verändert, das ist nicht erst durch die Coronapandemie deutlich geworden. In Niedersachsen befindet sich die Armut auf einem Rekordhoch. Mit 17 Prozent lag die Armutsquote 2020 auf einem bis dahin nicht bekannten Niveau. Von Armut besonders stark betroffen sind Kinder und Jugendliche. Gut 23 Prozent der unter 18-Jährigen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Das sind etwa 300.000 Kinder.

AKTIONSPLAN GEGEN KINDERARMUT

Ziel des Aktionsplans gegen Kinderarmut ist es, ein Netzwerk für armutsgefährdete Kinder aufzubauen, das sie finanziell absichert, ihnen Unterstützungsmöglichkeiten für Teilhabe und Bildung eröffnet und sie dadurch ihren Platz in der Gesellschaft finden können, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern.

Deshalb fordern wir für Niedersachsen einen Aktionsplan gegen Kinderarmut.

- KiTas werden Familienzentren – Lebensweltnahe Beratung und Begleitung von Familien
- Einführung eines Sozialindex für KiTas und Schulen – zusätzliche Ressourcen für mehr Bildungsgerechtigkeit
- Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen – Förderung ohne Stigmatisierung
- Ganztagschule wird Regelangebot – Chancengleichheit im Bildungssystem unabhängig von sozialer Herkunft oder ökonomischer Leistungsfähigkeit
- Mentoringprogrammen an Schulen und Hochschulen - individuelle Talente entdecken und fördern
- Einführung und Weiterentwicklung einer Kindergrundsicherung
- Schnelles Internet und Leihgeräte an allen Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen – Digitale Bildung ist Voraussetzung für Teilhabe
- Kostenloser Nahverkehr für alle Kinder und Jugendlichen – nicht nur zur Schule, auch in der Freizeit mobil
- Auskömmliche Landesfinanzierung der Jugendwerkstätten

² Bröckelt die Mittelschicht? Bertelsmann Stiftung (bertelsmann-stiftung.de)